

Policy Brief

08/11

Sieben Thesen für eine neue Vermögenskultur

Die anhaltende Wahrnehmung mangelnder sozialer Gerechtigkeit gefährdet das Fundament unserer Demokratie, da die Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland zunehmend auf Ablehnung stößt. Traditionell wird die Debatte um eine gerechte Lastenverteilung vor allem um die Frage nach geeigneten materiellen Umverteilungsmechanismen geführt. Was hingegen zu tun ist, um Menschen zu motivieren, ihr Vermögen in einem umfassenden Sinne freiwillig gemeinwohlorientiert zu nutzen, wird kaum diskutiert. Hierzu möchten wir einen Beitrag leisten. Deutschland braucht eine neue Vermögenskultur. Ohne sie wird die soziale Spaltung weiter zunehmen, und wir werden in der Folge den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht hinreichend begegnen können.

FÜR UNS BEDEUTET VERMÖGEN mehr als nur finanzielle Potenz. Jeder Mensch ist aufgefordert, dieses Vermögen jenseits des staatlich geforderten Mindestmaßes, dem Zahlen von Steuern, gemeinwohlorientiert zu nutzen. Vermögen hat, wer etwas bewegen kann. Es einzubringen liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse eines jeden. Auch wenn wir die Besitzer von finanziellen Reichtümern als besonders gefordert ansehen, so sind doch auch Ideen und Talent, Zeit, Engagement oder Kontakte und Netzwerke Ressourcen, die zu einer neuen Vermögenskultur beitragen können. Das eigene Vermögen zu nutzen bedeutet auch, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen und sie mitzugestalten. Nicht nur Individuen, Unternehmen und gemeinnützige Organisationen sind hierzu aufgefordert. Genauso können Staat und Verwaltung auch jenseits des Steuerrechts zu einer neuen Vermögenskultur beitragen.

Ein zentraler Begriff im Kontext der neuen Vermögenskultur ist „Philanthropie“. Sie ist gekennzeichnet durch einen Akt des Gebens ohne Erwartung einer Gegengabe. Gelebte Philanthropie ist die Grundlage der neuen Vermögenskultur. Häufig wird der Begriff nur in Verbindung mit Mäzenatentum und Stiftungswesen verwendet. In Erweiterung dessen halten wir angesichts unseres erweiterten Verständnisses von „Vermögen“ eine nicht nur auf finanziellen Gaben beruhende „Philanthropie von unten“ für wünschenswert und rea-

listisch. Sie ist vielmehr gleichwertig zur „Eliten-Philanthropie“ großer materieller Gaben zu verstehen. In der neuen Vermögenskultur wird Vermögen wirkungsorientiert eingesetzt, und die Gebenden streben danach, mit den vorhandenen Ressourcen möglichst viel für das Gemeinwohl zu erreichen. Wünschenswert ist, dass insgesamt mehr Menschen ihr Vermögen dementsprechend nutzen. Als Leitidee dient hier in Abwandlung von Artikel 14 des Grundgesetzes die Überzeugung, dass nicht nur Eigentum, sondern Vermögen verpflichtet.

Die in diesem Policy Brief niedergelegten sieben Thesen für eine neue Vermögenskultur richten sich an jedes Individuum in unserem Land. Ebenso sind Institutionen und Akteure angesprochen, die über Möglichkeiten verfügen, zu dem nötigen Kulturwandel beizutragen.

These 1: Reich sind nicht nur die anderen

Alle Menschen verfügen über ein Vermögen, jeder kann etwas geben. Wir sind uns dieses Reichtums jedoch viel zu wenig bewusst. Das gilt für immaterielles Vermögen genauso wie für materiellen Wohlstand. Diese Schätze gilt es gemeinwohlorientiert zu heben. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung genügt als Alleinstehender bereits ein jährliches Nettoeinkommen von 34 000 Euro, um zu den reichsten 10 Prozent der deutschen Bevölkerung zu gehören. Der Median des Äquivalenzeinkommens liegt in unserem reichen

Dr. Knut Bergmann
Fellow 2010/2011

Alexander Bercht
Associate 2010/2011

Sebastian Gaiser
Associate 2010/2011

Philipp Hoelscher
Associate 2010/2011

Joachim Knodt
Associate 2010/2011

Susanna Krüger
Associate 2010/2011

Anne Rolvering
Associate 2010/2011

Dorothee Vogt
Associate 2010/2011

Anna Wolf
Associate 2010/2011

Land bei lediglich 18 000 Euro im Jahr, während die Besteuerung von Spitzeneinkommen noch nie so niedrig war wie derzeit in der Bundesrepublik. Zeitgleich wächst die Verschuldung der öffentlichen Haushalte stetig; momentan betragen die Staatsschulden fast 2 Billionen Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 24 000 Euro entspricht. Andererseits wird die Schuldenbremse wiederum die Spielräume der öffentlichen Hand weiter schrumpfen lassen. Gleichzeitig werden bis 2020 hierzulande voraussichtlich Vermögen in Höhe von über 2,5 Billionen Euro vererbt. Einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge zufolge wechselt somit mehr als ein Viertel des Vermögens der privaten Haushalte den Besitzer; das vererbte Vermögen wird dabei um etwa ein Fünftel größer sein als zwischen 2001 und 2010.

Viele Menschen sind also finanziell vermögend, auch wenn sie selbst sich kaum als reich bezeichnen würden. Nur mit dem individuellen Bewusstsein über das eigene Vermögen lässt sich aber das philanthropische Potenzial in der Breite der Gesellschaft erschließen. Fehleinschätzungen des eigenen Vermögens sowie die Tabuisierung materieller Fragen bieten eine Nische für Entlastungsformeln nach dem Motto „Ich bin doch nicht reich, ich kann doch nichts tun – es müssen doch erst einmal die anderen wirklich Reichen geben“. Die Erkenntnis, dass nicht nur die anderen reich sind, ist Voraussetzung, um vom eigenen relativen Reichtum abzugeben. Relationale Einkommensrechner wie etwa www.globalrichlist.com leisten hier wichtige Aufklärung. Ein besseres Verständnis des eigenen Vermögens wird positive Auswirkungen auf eine am solidarischen Gemeinwesen orientierte Vermögenskultur haben. Um einen solchen Kulturwandel einzuleiten, muss finanzielle Allgemeinbildung um eine philanthropische Dimension erweitert werden. Einen Beitrag dazu können zuvorderst all diejenigen leisten, die mit den Finanzen der Menschen unmittelbar zu tun haben, wie etwa Banken oder Versicherungen.

Zweifelsohne sollten in einer solidarischen Gesellschaft breite Schultern mehr tragen als schmale. Trotzdem können Menschen mit geringen Einkommen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen großen Beitrag leisten – kleine Gaben können in Summe einen großen Unterschied machen. Insofern muss auch für geringe Beträge das Geben vereinfacht werden. Zu denken wäre hierbei an Kleinspenden über SMS und online-basierte Anwendungen wie

Zweifelsohne sollten in einer solidarischen Gesellschaft breite Schultern mehr tragen als schmale. Trotzdem können Menschen mit geringen Einkommen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen großen Beitrag leisten.

beispielsweise einen dem „Wahl-O-Mat“ ähnlichen „Spend-O-Mat“, der potenziellen Gebern ihren Interessen und Einkommen entsprechende Vorschläge für Spendenziel und -art macht und deren Steuerwirkung berechnet.

These 2: Eine neue Vermögenskultur liegt im Eigeninteresse von uns allen

Eine neue Vermögenskultur zu etablieren liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse aller Menschen in Deutschland. Wer sein Vermögen gemeinwohlorientiert und sinnstiftend einbringt, trägt unmittelbar zu einer intakten Solidargemeinschaft bei. Da von ihr wiederum alle Menschen profitieren, sollte sich jeder für ihr Funktionieren verantwortlich fühlen. Hingegen bedroht die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft – sei es in ökonomischer oder sozialer Hinsicht, sei es in Fragen des Zugangs zu Bildung und Chancen – nicht nur den Zusammenhalt, sondern minimiert auch die Perspektiven Deutschlands.

Diejenigen, die morgen als Hochqualifizierte dringend benötigt werden, drohen heute aufgrund ihrer Herkunft als Bildungsverlierer aus sozial prekären Verhältnissen aus dem System gedrängt zu werden. Wenn Bewohner bürgerlicher Wohlstandinseln fragen, warum sie sich um

Kinder von Zuwanderern aus sozialen Brennpunkten kümmern sollten, sind die Folgen des demografischen Wandels für Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme Teil der ökonomisch begründeten Antwort: Falls die Lebensperspektive „Ich werd eh' Hartz IV“ Realität werden sollte, wird sich dies mittelbar auch auf sozial besser gestellte Familien auswirken. Problemviertel in Berlin, Stuttgart oder Essen liefern bereits heute die sozio-demografische Blaupause für viele Kommunen in Deutschland im Jahre 2030.

Neben solch handfesten ökonomischen Interessen und dem Erhalt des sozialen Friedens geben die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie und der Sozialpsychologie Anlass, sich für soziale Kohäsion zu engagieren: In Gesellschaften mit einem höheren Maß an sozialer Gleichheit lebt es sich besser, die Menschen sind zufriedener und glücklicher. Mittels sozialer Investitionen in ein intakteres Umfeld kann jeder das eigene Wohlbefinden wie das anderer Menschen langfristig steigern. Hinzu kommt, dass Verhaltensökonomien und Sozialpsychologen vielfach nachgewiesen haben, dass der alte Satz „Geld macht nicht glücklich“ tatsächlich stimmt. Es macht Menschen jedoch glücklicher, zu geben. Um die nichtmonetäre Dimension von gesellschaftlichem Wohlstand zu verdeutlichen, plädieren wir dafür, entsprechende Indikatoren in seine Messung aufzunehmen, wie beispielsweise den Gesundheits- und Bildungsstand der Bevölkerung oder die Qualität der Umwelt.

These 3: Eine neue Vermögenskultur ist kein Sozialstaatssubstitut

Wir sind der Auffassung, dass privates Engagement keinesfalls staatliche Kernaufgaben ersetzen darf, sondern dass es auf die richtige Balance von beidem ankommt. Hierzu ist eine Debatte darüber nötig, was die öffentliche Hand leisten muss und was als soziale Investition von privater Hand übernommen werden kann. Dabei bedarf es einer

ordnungspolitischen Begründung der Aufgaben, die über die bislang primär materiell-fiskalisch geführte Diskussion der Verteilung hinausgeht. Zudem sollte intensiver als bisher erörtert werden, in welchen Bereichen hybride Formen von sozialen Investitionen – Projekte mit sozialem Geschäftszweck im Zwischenbereich von freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit, wie beispielsweise die Regionalwert AG aus Freiburg oder die Wittener Projektfabrik – dem Gemeinwohl zuträglich sein können. Bei Philanthropen, Investoren sowie politisch Verantwortlichen ist ein Bewusstsein erforderlich, dass privates Handeln kein Sozialstaatssubstitut sein darf und sie sich in diesem Sinne auch nicht staatlicherseits missbrauchen lassen dürfen. Stifter und andere soziale Investoren sollten sich nicht „selbst auf den Leim gehen“, indem sie sich – etwa im Gegenzug für offizielle Anerkennung – für öffentliche Aufgaben einspannen lassen.

Menschen, die ihr Vermögen für die Gesellschaft einsetzen, haben das Recht und die Mög-

Bei Philanthropen, Investoren sowie politisch Verantwortlichen ist ein Bewusstsein erforderlich, dass privates Handeln kein Sozialstaatssubstitut sein darf und sie sich in diesem Sinne auch nicht staatlicherseits missbrauchen lassen dürfen.

lichkeit zur Mitgestaltung. Das gilt nicht nur in Bezug auf Geld, sondern auch bei der Vergabe von Ressourcen wie Zeit und Wissen. Mehr noch als mit passiven Geldspenden können Bürger durch konkretes Engagement erleben, dass sich die Welt – und sei es lediglich im Kleinen – verändern lässt. Am einfachsten erfahrbar ist das dort, wo direkte Bezüge bestehen und Menschen individuell betroffen sind. Auch Wertschätzung lässt sich hier unmittelbar erleben. Solcherlei individuelle Erfahrungen sind eine Keimzelle für eine neue Vermögenskultur.

Da eine neue Vermögenskultur gesellschaftliche Mitgestaltung beinhaltet, müssen Politik und

Verwaltung im Umkehrschluss mit der organisierten Bürgergesellschaft Verantwortung teilen – was bislang aufgrund der gelegentlichen Furcht vor Steuerungs- und Kontrollverlusten sowie teils auch aus schlichtem Unverständnis nicht in hinreichendem Maße geschieht. Auch wenn durch die Partizipation von Engagierten grundlegende Fragen der politischen Legitimation berührt werden können, sollte staatliches Handeln immer auf eine Befähigung bürgerschaftlicher Kräfte abzielen. Dafür ist der Aufbau entsprechender Expertise bei kommunalen Akteuren erforderlich, weil die Teilhabe von Bürgern bei der Aushandlung gesellschaftlicher Fragen professionell organisiert werden muss.

These 4: Eine neue Vermögenskultur braucht Vorbilder

Vorbilder, im Großen wie im Kleinen, spielen eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer neuen Vermögenskultur. Dies gilt nicht nur für große Geldspenden wie etwa die von Warren Buffet und Bill Gates initiierte „The Giving Pledge“-Kampagne, sondern ebenso für andere Vermögensformen. Jeder kann etwas geben, und das Beispiel steckt an. Vorbilder beim Einsatz großer materieller Vermögen wirken dem Eindruck entgegen, dass sich sehr reiche Menschen der Solidargemeinschaft entziehen und sich als „die da oben“ nicht für „die da unten“ interessieren. Die sich in dem Sprichwort „Über Geld spricht man nicht“ widerspiegelnde vornehme Zurückhaltung behindert die Entfaltung einer am solidarischen Gemeinwesen orientierten Vermögenskultur. Gerade materielles Engagement braucht Mut zum Bekenntnis. Es ist ein Widerspruch, wenn Menschen sich einerseits aus Angst vor Neid nicht zu ihrem Engagement bekennen – oder sogar gar nicht erst aktiv werden –, andererseits aber als Grund für ausbleibendes Engagement mangelnde Wertschätzung beklagen.

Damit sich mehr Vermögende als Vorbilder bekennen, brauchen wir eine breite Kultur der

Anerkennung. Die Faustformel hierfür sind „die drei W“: Wertschätzung, Würdigung, Weiterbildung.

Öffentliche Wertschätzung zeigt, welche Leistungen eine Gesellschaft positiv bewertet. Damit diese Wertschätzung denen zuteilwird, die sie verdienen, sollten Wirksamkeit und Effizienz von

Vorbilder spielen eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer neuen Vermögenskultur. Es muss selbstverständlich sein, dass insbesondere staatliche Formen der Anerkennung jeweils relational zum individuellen Vermögen gewährt werden.

Engagement berücksichtigt werden. Denn rein auf Außendarstellung abzielende Charity-Veranstaltungen haben mit einer neuen Vermögenskultur nicht das Geringste zu tun. Zudem muss es selbstverständlich sein, dass insbesondere staatliche Formen der Anerkennung jeweils relational zum individuellen Vermögen gewährt werden.

Würdigungen sind oftmals symbolische Akte. Die vielen bereits existierenden Preise und Auszeichnungen können um fantasievolle und individuelle Anerkennungsformen ergänzt werden. Die Möglichkeiten reichen von immateriellen Formen wie Medienberichten und Wettbewerben über geldwerte Anerkennung (wie etwa Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Vergabe von Kindergartenplätzen, beim BAföG oder durch kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs) bis hin zu monetären Formen wie Steuerbefreiungen oder der unmittelbaren Förderung von Projekten. Wertschätzung und Würdigung drücken sich außerdem auch darin aus, Engagierte an Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Weiterbildung und Qualifizierungsangebote für Engagierte als eine Form der Anerkennung multiplizieren den Wert von Engagement. Sie sind deshalb ein geeignetes Instrument gerade der staatlichen Anerkennungskultur. Derlei Anerkennung dient aktiv der Befähigung, während Orden und Ehrenzeichen letztlich nur das passive

Instrumentarium des Staates widerspiegeln. Mehr staatlich geförderte Weiterbildung für Engagierte macht deutlich, dass gemeinnütziges Engagement eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung hat und die Arbeit von Engagierten ernst genommen wird, aber auch ein Bedarf an Professionalisierung besteht.

These 5: „Gut gemeint“ ist nicht gleich „gut gemacht“

Nicht jeder Einsatz von Vermögen ist gesellschaftlich sinnvoll. Zu einer neuen Vermögenskultur gehört daher, Ressourcen wirkungsorientiert einzusetzen. Gut gemeintes Engagement kann sogar negative Folgen haben: Kunstmäzene geben ihre Sammlungen als Dauerleihgabe an öffentliche Museen, die dann die gelegentlich hohen Kosten für Ausstellung, Unterhalt und Versicherungen tragen müssen, ohne über die Objekte verfügen zu dürfen. Charity-Galas beanspruchen große Aufmerksamkeits-Ressourcen und produzieren dabei enorme Kosten. Ohne negative Folgen, aber wenig effizient im Sinne des Gemeinwohls bleiben zudem Organisationen, die nach dem „Me-too-Prinzip“ oftmals nur tagespolitisch orientierten Interessen folgen – die hierfür aufgewendeten Mittel wären bei einer schon bestehenden Institution, die nachgewiesen hat, dass sie die angestrebten Ziele auch effektiv erreicht, besser aufgehoben.

Eine Reflexion über die eigene Rolle kann dabei erste Abhilfe schaffen, fällt aber gerade manchem Großspender schwer. Sie wäre jedoch aus Gründen der Wirkung wie der Legitimation des eigenen Handelns angezeigt. Auch wenn es in einer pluralistischen Gesellschaft schwierig ist, zu definieren, worin „das Gemeinwohl“ besteht, und es sich keinesfalls vorschreiben lässt, welche Inhalte sozialen Handelns wichtiger oder besser sind als andere, können jedoch Transparenz über Mittel und Motive sowie die Etablierung durchdachter Prozesse zur Qualitätssicherung verlangt werden. Um den Wert von Engagement zumindest diskursiv

aushandeln zu können, ist ein besseres Verständnis für die Wirkungen von sozialem Handeln wünschenswert. Bedarfsanalysen im Vorfeld helfen, Doppelungen mit bereits bestehenden Initiativen zu vermeiden. Wichtig ist zudem, zu fragen, ob und wie die anvisierten Ziele erreicht werden können. Netzwerke und Kooperationen stellen eine höhere Prozessqualität sicher. Um die tatsächlichen Auswirkungen von Projekten überprüfen und gegebenenfalls Korrekturen in ihrem Verlauf vornehmen zu können, gilt es existierende Instrumente zur

Nicht jeder Einsatz von Vermögen ist gesellschaftlich sinnvoll. Gut gemeintes Engagement kann sogar negative Folgen haben. Zu einer neuen Vermögenskultur gehört daher, Ressourcen wirkungsorientiert einzusetzen.

Wirkungsmessung angemessen zu nutzen. Dies trägt dazu bei, der Wirksamkeit gegenüber der reinen Außendarstellung zu mehr Bedeutung zu verhelfen. Zudem lässt sich mehr Klarheit über die langfristigen Auswirkungen von privatem Engagement für das Gemeinwohl gewinnen.

Um die beschriebene Prozessqualität sicherzustellen, gibt es professionelle Beratung. Sowohl finanziell Vermögende – in Form von spezialisierten Philanthropie-Beratungen, die jedoch wie jede professionelle Unterstützung ihren Preis haben – als auch Vermögende mit Zeit, Ideen und Engagement, beispielsweise in Form von Freiwilligenagenturen oder Bürgerstiftungen, können sie in Anspruch nehmen. Die geschilderten Maßnahmen dienen im Übrigen nicht allein dem Ziel der Effektivitätssteigerung, sondern sollten auch aus einer normativen Verpflichtung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft erfolgen.

These 6: „Nutze dein Vermögen!“ – das gilt auch für Staat und Verwaltung

Eine neue Vermögenskultur zu etablieren ist nicht allein eine Herausforderung für Individuen oder Organisationen des Dritten Sektors. Auch Staat

und Verwaltung sind aufgefordert, das Ihre dafür zu tun. Hinsichtlich monetärer Vermögen ist eine größere Steuergerechtigkeit der wichtigste staatliche Hebel. Weitere Ansatzpunkte sind die Förderung von Transparenz, Effizienz und Verantwortung im Umgang mit gemeinnützigen Organisationen. Wir sind der Überzeugung, dass ein einfaches und damit transparentes Steuersystem zu mehr Steuergerechtigkeit führt – womit sich als willkommener Nebeneffekt die Schimäre der Neidgesellschaft endgültig zu Grabe tragen ließe. Durch Steuergerechtigkeit kann das für eine neue Vermögenskultur nötige Grundvertrauen in eine gerechte Gesellschaft überhaupt erst entstehen. Zudem würde sie zur gesellschaftlichen Anerkennung des über das gesetzlich Verpflichtende (das Zahlen von Steuern) hinaus solidargemeinschaftlich Gebotene (Engagement im Sinne der neuen Vermögenskultur) beitragen. Warum sollte die Kür belobigt werden, wenn Zweifel daran bestehen, dass die Pflicht erfüllt ist?

Zunächst einmal ist der Staat daher angehalten, Steuern, Abgaben und Zölle konsequent zu erheben. Laut des Bundesministeriums der Finanzen beträgt das maximale Volumen der Schattenwirtschaft 345,5 Milliarden Euro pro Jahr. Weiterhin könnte eine andere Justierung der Steuersätze auf Einkünfte, Verbrauch und Konsum die Etablierung einer neuen Vermögenskultur unterstützen. Steuerpolitisch zu diskutieren ist dabei vor allem die unterschiedliche Behandlung von Einkünften aus Arbeit und Kapital, die zur sozialen Spreizung beitragen. Zudem gilt es, die Ungleichheiten im Steuervollzug der einzelnen Bundesländer zu beseitigen. Eine bundeseinheitliche Steuerverwaltung trägt hierzu bei. Sie würde außerdem eine bundesweite Spendenstatistik erheblich vereinfachen, was wiederum ein Beitrag gegen den allseits beklagten Datenmangel in Fragen der Zivilgesellschaft wäre. Trotz dieser grundlegenden Bedeutung des Steuerrechts für eine neue Vermögenskultur sollten die fiskalpolitischen Einzel-

instrumente nicht überschätzt werden. Der Spendenabzug von 20 Prozent und andere Freigrenzen sind schon jetzt großzügig bemessen – und werden kaum ausgeschöpft.

Neben dem Steuerrecht verfügen Staat und Verwaltung über eine Reihe weiterer Hebel, um eine neue Vermögenskultur zu fördern. So muss

Ein einfaches und damit transparentes Steuersystem würde zu mehr Steuergerechtigkeit führen. Diese wiederum ist Voraussetzung, damit das für die neue Vermögenskultur nötige Grundvertrauen in eine gerechte Gesellschaft überhaupt erst entstehen kann.

der Gesetzgeber von gemeinnützigen Organisationen ein höheres Maß an Transparenz einfordern. Die bisher auf Freiwilligkeit beruhenden Anforderungen speziell im Stiftungssektor reichen nicht aus. Zudem sollte ein verbindliches und allumfassendes Gemeinnützigkeitsregister geschaffen werden, das alle gemeinnützigen Organisationen einschließt. Der Zugang zu diesen Registern muss einfach gestaltet sein – beispielsweise mittels kostenfreier Onlineportale. Menschen, die sich zur Gründung einer gemeinnützigen Organisation entschließen, wissen oft nicht, welche Rechtsform die für ihre Zwecke am besten geeignete ist. Abhilfe schaffen könnte aktive Unterstützung – auch in Form von Beratung – „aus einer Hand“: Wo heute die Stiftungsaufsicht, das Vereinsregister und das Finanzamt für Körperschaften unterschiedlichen Verwaltungen zugeordnet sind, würde eine einheitliche Anlaufstelle für gemeinnützige Organisationen („One-Stop-Shop für Gemeinnützigkeit“) aufwandsminimierend wirken. Eine solche Anlaufstelle wäre auch für die Beratung von potenziellen bürgerschaftlich Engagierten sowie für die verschiedenen Freiwilligendienste sinnvoll. Verwaltungen sollten sich generell künftig stärker als aktive Berater und Dienstleister der neuen Vermögenskultur und weniger als

passive Empfänger von Jahresberichten und Bilanzen begreifen.

These 7: Das Gemeinnützige muss „gemein“ und „nützig“ sein

Eine neue Vermögenskultur erfordert eine breite Debatte darüber, was als gemeinnützig anzusehen ist. Es gilt zu beantworten, welche Aktivitäten die Gemeinschaft der Steuerzahler über das Gemeinnützigkeitsrecht privilegieren will. Dieses Prädikat darf ausschließlich Zwecken zukommen, die dem Gemeinwohl tatsächlich förderlich sind – „gut gemeint“ ist nicht zwingend „gut gemacht“, und manches Engagement kostet mehr, als es einbringt. Zudem könnte das Gemeinnützigkeitsrecht stärker lenkend eingesetzt werden. Zu erwägen ist, ob bei der Vergabe des steuerlich wirksamen Gemeinnützigkeitsstatus auch Fragen von Effizienz, Effektivität und Wirkung gemeinnütziger Organisationen als Kriterien einbezogen werden sollten. Außerdem sollte die Einführung eines zentralisierten Verfahrens zur Anerkennung der steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecke erörtert werden. Dies könnte ein Beitrag zu einheitlicher Rechtsanwendung und mehr Transparenz sein. Je stärker der Dritte Sektor wächst, umso dringender werden diese operativen Fragen. Genauso müssen sich gemeinnützige Organisationen verstärkt der Frage ihrer eigenen Legitimation widmen, indem sie ihren gesellschaftlichen Mehrwert verdeutlichen und zeigen, weshalb sie ihre Subventionierung verdienen. In beiden Fällen kann wiederum die intensivere Betrachtung von Wirkungen gemeinnützigen Handelns zielführend sein.

Ein erster Schritt – so schwer er politisch zu gehen ist – wäre, den Katalog der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung konsistenter zu gestalten. Darüber hinaus sollte diskutiert werden, ob der Verwaltung ein größerer Ermessensspielraum bei der Frage eingeräumt werden muss, welche Anliegen eines Vermögenden überhaupt durch Gemeinnützigkeit steuerlich begünstigt werden.

Wir sind uns der darin innewohnenden Grundsatfrage nach der Rolle und den Grenzen des Staates bewusst.

Noch weitergehend, aber ebenso dringlich zu beantworten ist jedoch auch, ob es geeignete Mechanismen geben kann, um über eine möglichst sinnvolle Verwendung der enormen Vermögens-

Gemeinnützige Organisationen müssen sich verstärkt der Frage ihrer eigenen Legitimation widmen, indem sie ihren gesellschaftlichen Mehrwert verdeutlichen und zeigen, weshalb sie ihre Subventionierung verdienen.

potenziale zu verhandeln. Diese Frage ist nicht mit den Instrumentarien des Gemeinnützigkeitsrechts zu beantworten, sondern erfordert eine gesellschaftliche Aushandlung dessen, was als förderungswürdig zu erachten ist. Vermögende sollten diese Debatte aus wohlverstandem Eigeninteresse voranbringen.

Schlussbemerkung

Die hier vorgestellten sieben Thesen für eine neue Vermögenskultur sind als Beitrag zu dieser Debatte zu verstehen. Mit ihrer Verbreitung wollen wir in einen Dialog mit den unterschiedlichen Beteiligten aus verschiedensten Milieus eintreten. Denn unsere Gesellschaft sieht sich enormen Herausforderungen gegenüber und verfügt gleichzeitig über das nötige Potenzial, um darauf angemessene Antworten zu finden. Falls jedoch der Diskurs über den Umgang mit Vermögen und dessen gesellschaftliche Gestaltungskraft unterbleibt, wird ein Teil des Vermögenspotenzials für das Gemeinwohl verloren gehen. In der Folge dürfte die Spaltung unserer Gesellschaft zunehmen.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche
Auffassung der Autoren wieder und entspricht
nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung
neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, 2011

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de